

SSW Landesparteitag 2017

Christian Dirschauer, SSW-
Landesvorstandsmitglied
Rede zu TOP 5 –

Landesverband

Schiffbrücke 42
24939 Flensburg
Tel. (0461) 144 08 310
Fax (0461) 144 08 313
Mail: info@ssw.de
Internet: www.ssw.de

Größere Kommunen auf freiwilliger Basis

Es gilt das gesprochene Wort.

Husum, den 16.09.2017

Kære venner,

oh nej. Ikke igen en diskussion om kommunesammenlægninger her på SSWs landsmøde vil mange af jer sikkert sige. Vi har jo ofte i de sidste år drøftet dette spændende, men også meget vanskelig emne. Hvorfor tager landsstyrelsen det så op igen? Det er såre simpelt. Da SSWs hovedudvalg drøftede valghesultatet og mulige årsager til vores valgnederlag pålagde de landsstyrelsen at komme med et fornyet udspil om kommunesammenlægningerne.

Liebe Freunde,

der SSW hat das Wahlergebnis der Landtagswahl auf seiner Hauptausschuss-Sitzung im Juli sehr intensiv diskutiert. In vielen Diskussionen und auch aus den verschiedenen regionalen Analysen ging hervor, dass nicht ein, sondern zahlreiche Faktoren entscheidend waren für das ernüchternde Wahlergebnis des SSW.

So wurde der Landtagswahlkampf überlagert vom Duell der Ministerpräsidentenkandidaten und bundespolitischen Aspekten, wo kleinere Parteien wie der SSW es schwer haben sich zu behaupten. Auch war das politische Profil des SSW und die vielen politischen Erfolge insbesondere in der Minderheiten- und Kulturpolitik sowie der deutsch-dänischen Zusammenarbeit des SSW in der

Regierungsarbeit nicht immer deutlich genug sichtbar für die Wählerinnen und Wähler außerhalb der Kernwählerschaft.

Wenn man sich die politischen Themen der Landtagswahl anschaut und auf die Rückmeldungen unserer Wahlkämpfer hört, so sticht ins Auge, dass es uns leider nicht gelungen ist, die Forderungen nach einer grundlegenden Kommunalreform in Schleswig-Holstein bei den Wählerinnen und Wähler ausreichend zu vermitteln. Das mag an diesem schwierigen Thema liegen oder an unseren doch begrenzten Möglichkeiten, breitere Wählerschichten in den Medien zu erreichen.

Der SSW war die einzige Partei die den Mut hatte, die Forderung nach größeren Kommunen oder sogar einer Gemeindegebietsreform in die politische Debatte einzubringen. Leider waren wir in dieser Frage politisch ganz allein auf weiter Flur. Keine der anderen Parteien – schon gar nicht die sogenannten Volksparteien CDU und SPD – sind uns gefolgt. Nicht mal ansatzweise. Die Angst vor der Bürgermeisterlobby war zu groß.

Die CDU hat mit diesem Thema unter der Überschrift „der SSW will die Zwangsfusionen von Gemeinden“ sogar eine Kampagne gefahren, die leider gefruchtet hat. Es ist uns im Wahlkampf nämlich nicht gelungen, die Menschen von unseren Forderungen nach einer Gemeindereform zu überzeugen. Aus dieser politischen Situation wollen wir als SSW mit dieser Resolution die Konsequenzen ziehen.

Wir haben bei diesen Thema offensichtlich zu viel gewollt. Eine Gemeindereform lässt sich nur mit den Kommunen, nicht gegen sie durchsetzen. **Mit unserer Forderung nach einer gesetzlich verordneten Reform haben wir den zweiten Schritt vor dem ersten gemacht.** Diesen Fehler wollen wir jetzt korrigieren. Und ich finde es steht einer Partei gut zu Gesicht, auch öffentlich zu sagen, dass man Fehler gemacht hat – insbesondere wenn man daraus lernt und diesen dann korrigiert.

Statt einer gesetzlich verordneten Reform, wie sie noch in unserem Wahlprogramm steht, wollen wir also in Zukunft verstärkt auf die Schaffung von Anreizen für freiwillige Gemeindefusionen setzen. Denn es bleibt ja richtig, dass wir größere

Kommunen brauchen. Die Argumente für größere Kommunen bleiben richtig. Nur unser Weg dahin wird jetzt anders.

Ich will an dieser Stelle nicht alles wieder aufzählen, was für größere Kommunen spricht, das geht ja im Detail auch aus dieser Resolution hervor. Nur so viel: Angesichts der Herausforderungen vor welcher die kommunale Selbstverwaltung steht, wie u.a. digitale Gesellschaft, Energiewende, Strukturwandel der Wirtschaft, Schuldenbremse, Verödung der Innenstädte, Ausbluten des ländlichen Raums und demographischer Wandel, vergrößert sich die Lücke zwischen modernen Ansprüchen der BürgerInnen und der Unternehmen an öffentlicher Dienstleistung und den bestehenden kommunalen Strukturen in Schleswig-Holstein mit seinen 1.100 Kommunen.

Nur größere Kommunen können die zukünftigen Anforderungen dieser Entwicklung Rechnung tragen. Das heißt, der Handlungsbedarf in dieser Frage bleibt aus Sicht des SSW bestehen. Wir fordern daher die neue Landesregierung dazu auf, größere Kommunen in Schleswig-Holstein nach folgenden Maßgaben zu schaffen:

- Freiwillige kommunale Zusammenschlüsse werden durch besondere finanzielle Anreize des Landes in Form von „Fusionsprämien“ unterstützt.

und

- Die Landesregierung muss so schnell wie möglich Vorschläge für bessere finanzielle Anreize vorlegen, die dafür sorgen, dass die freiwillige Zusammenlegung von Kommunen schneller vorankommt.

Tak for ordet.